Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4724
09. 06. 89

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Juni 1989
am Donnerstag, dem 15. Juni 1989

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Wie oft hat in der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu einem Essen mit dem obersten Repräsentanten einer Schutzmacht für Berlin den parlamentarischen Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus von Berlin an Stelle des obersten Repräsentanten der Stadt, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, eingeladen, wie es Bundeskanzler Kohl in der ersten Woche des 41. Jahres der Bundesrepublik Deutschland getan hat?

2. Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Welche Erwägungen haben die Bundesregierung geleitet, zu dem Essen des Bundeskanzlers zu Ehren des amerikanischen Präsidenten abweichend von der bisherigen Übung neben den Vertretern der Evangelischen und Katholischen Kirche nicht auch den Zentralrat der Juden einzuladen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Zustände im Libanon dramatisch verschärft haben und daß derzeit gezielt gegen die christliche Zivilbevölkerung nicht nur durch systematische Zerstörung lebensnotwendiger Einrichtungen vorgegangen wird?

4. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, ihren Einfluß geltend zu machen und auf die syrische Regierung einzuwirken mit dem Ziel, das rücksichtslose Vorgehen zu verurteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

5. Abgeordneter **Geis** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Untätigkeit ärztlicher Standesaufsicht zu unternehmen, um die Schmerzlosigkeit der vom Schwangerschaftsabbruch betroffenen Kinder zu gewährleisten?

6. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesamt für den Zivildienst allein den niedersächsischen Kreisgruppen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und Mitgliedsorganisationen 2 269 590,94 DM an Zuschüssen für 1988 schuldet, und was wird die Bundesregierung unternehmen, damit die ausstehenden Beträge unverzüglich angewiesen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

7. Abgeordneter **Baum** (FDP)

Seit wann hat die Bundesbaudirektion Kenntnis von der schweren, auf die Baumaßnahmen zurückzuführende Beschädigung der alten Zeder am Eingang I des Bundeshauses, die das historische Bild des alten Bundeshauses als eines Denkmals der neueren deutschen Geschichte mitgeprägt hat?

8. Abgeordneter **Baum** (FDP)

Was hat die Bundesbaudirektion zur Abwendung dieser Schäden auch unter Hinzuziehung von externem Sachverstand unternommen, und wer ist regreßpflichtig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

9. Abgeordneter **Dr. Hauchler** (SPD)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, daß der multilaterale Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für Bevölkerungs- und Familienplanung der UNFPA in den Jahren 1987, 1988 und 1989 bei 37,1 Mio. DM stagnierte, und welche Ansätze plant die Bundesregierung für 1990 bis 1992?

10. Abgeordneter **Dr. Hauchler** (SPD)

Welche Kriterien sind für die Gestaltung der bilateralen Zusammenarbeit in diesem Bereich maßgebend, und in welcher Höhe liegen die Haushaltsansätze für die Jahre 1990 bis 1992?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Hält die Bundesregierung die Auffassung maßgeblicher Vertreter der Zahnärzteschaft für mit den §§ 29 und 30 SGB V vereinbar, wonach die Versicherten bei Zahnersatz zur vollen Vorkasse verpflichtet sind und ihnen auch die Aufnahme eines Kredits zuzumuten ist (Rede des Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Dr. Erwin Pillwein, auf dem 23. Deutschen Zahnärztetag 1989)?
12. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Trifft es zu, daß die §§ 29 und 30 SGB V deutlich machen, daß Zahnersatz und kieferorthopädische Behandlung sich „im Rahmen der kassenzahnärztlichen Versorgung" zu vollziehen haben?
13. Abgeordneter **Haack (Extertal)** (SPD)	Plant die Bundesregierung noch in diesem Jahr, entsprechend § 34 Abs. 4 des Gesundheits-Reformgesetzes durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Heil- und Hilfsmittel von geringem oder umstrittenem therapeutischem Nutzen oder geringem Abgabepreis zu bestimmen, deren Kosten die Krankenkasse nicht übernimmt?
14. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der arbeitsmedizinischen Berufskunde B 2 – 04/84 der Bundesanstalt für Arbeit über die Anforderungen an Uhrenmacher/Uhrenmacherinnen zu lesen ist, daß die „Neigung zu Monotonie und halb- bis vollmechanischer Fertigung dem Naturell des Mannes weniger liegen" und „der geforderte Stückakkord leichter von Frauen geleistet wird", und wenn ja, frage ich die Bundesregierung, ob sie diese Bewertung teilt?
15. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)	Falls nein, in welcher Form denkt die Bundesregierung daran, Abhilfe zu schaffen?
16. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bewohner der Insel Helgoland für die Inanspruchnahme eines Facharztes auf das Festland reisen und für Überfahrt und unvermeidliche Übernachtung pro Person mindestens 150 DM aufwenden müssen und daß nach Inkrafttreten der sogenannten Gesundheitsreform diese Fahrtkosten nicht mehr erstattet werden?

17. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Hält die Bundesregierung diese erheblichen Mehrbelastungen der Bewohner der Insel Helgoland und möglicherweise auch anderer, ähnlich abgeschnittener Gebiete für vertretbar, wenn nein, welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Besonderheiten der Insel Helgoland und ihrer Bewohner, die durch die hohen Lebenshaltungskosten auf der Insel ohnehin schon benachteiligt sind, und eventueller ähnlich benachteiligter Gebiete so zu berücksichtigen, daß diese sozialen Ungerechtigkeiten zukünftig beseitigt werden?

18. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Trifft es zu, daß psychotherapeutische Behandlungen durch Diplom-Psychologen außerhalb des Delegationsverfahrens abgebrochen werden müssen bzw. nicht mehr erfolgen können, weil auf Grund einer Auslegung des § 61 Gesundheits-Reformgesetz (GRG) durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Leistungen von Diplom-Psychologen nicht mehr erstattet werden?

19. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß durch diese Auslegung des § 61 GRG, die nicht dem erklärten Willen des Deutschen Bundestages entspricht, eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung, die bereits bisher nur unzureichend gewährleistet werden konnte, gefährdet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

20. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Unzufriedenheit bei Flugzeugbesatzungen und beim technischen Personal fliegender Verbände ständig zunimmt?

21. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Wie viele Flugzeugführeranwärter haben seit dem 1. Januar 1988 auf die weitere Ausbildung zum Flugzeugführer aus persönlichen Gründen verzichtet?

22. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Wie viele Flugzeugführer haben seit dem 1. Januar 1989 ihre Entlassung beantragt, und wie viele Flugzeugführer haben seit dem 1. Januar 1988 eine Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten (auch BO 41) abgelehnt?

23. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Wie viele Flugzeugführeranwärter haben seit dem 1. Januar 1988 auf die weitere Ausbildung zum Flugzeugführer aus persönlichen Gründen verzichtet?

24. Abgeordneter **Steiner** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Versorgung der Berufsoffiziere mit der besonderen Altersgrenze BO 41 zu verbessern?

25. Abgeordneter **Steiner** (SPD)

Wie viele Flugzeugführer sind im Jahr 1988 aus „zwingenden persönlichen" oder anderen Gründen aus der Bundeswehr ausgeschieden?

26. Abgeordneter **Dr. von Bülow** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Stabschefs der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte, die Bundesrepublik Deutschland besitze über ihrem eigenen Territorium keine Lufthoheit, und ist damit die Auffassung des bisherigen Bundesministers der Verteidigung und Verfassungsrechtlers Prof. Scholz überholt?

27. Abgeordneter **Dr. von Bülow** (SPD)

Kennzeichnet die Äußerung des Stabschefs der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte, die Belastung militärischer Tiefflugübungen könne nicht mehr oder nur in „Feinheiten" verringert werden, bereits das Ende der Bemühungen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Stoltenberg, in dieser Angelegenheit?

28. Abgeordnete **Frau Wieczorek-Zeul** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf die Berichte des höchsten Technischen Direktors des US-Pentagon (Inspector General, Department of Defense) vom 1. Juni 1988 „Review of the Army UH-60 Electromagnetic Environment Issues" und vom 30. Juni 1988 „Report on the Evaluation of the Army's Performance in Resolving Apache (AH-64) Technical Issues and Continuous Evaluation of Fielded Systems" wegen der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Kampfhubschrauber dieser Typen zu unternehmen, und wann ist die Bundesregierung über diese Sicherheitsmängel informiert worden?

29. Abgeordnete **Frau Wieczorek-Zeul** (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Stand der Umrüstung der Apache und Black Hawk, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen – insbesondere nach dem jetzt bekanntgewordenen Unfall eines AH-64 in Bernkastel am 19. Mai 1989 –, um ein totales Flugverbot dieser Hubschrauber zu erreichen?

30. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

In welcher Weise werden zur Kieler Woche Einladungen und Besuche ausländischer Marineeinheiten mit der Stadt Kiel und mit dem Land Schleswig-Holstein abgestimmt, und wie ist die Abstimmung in diesem Jahr in bezug auf den Besuch des US-Schlachtschiffes Iowa geschehen?

31. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hält die Bundesregierung die demonstrative Präsenz amerikanischer nuklear-bestückter Überwasserseestreitkräfte in der Ostsee als Gegengewicht zu den sowjetischen nuklear-bewaffneten Seestreitkräften in der Ostsee für zwingend erforderlich, und hält sie es für sinnvoll, diese Demonstration mit der Kieler Woche zu verbinden?

32. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die erforderlichen Prüfungen und Überwachungen vor Ort im Bereich der Stadt Boppard durchzuführen, so daß die unzumutbaren Lärmbelästigungen durch Tiefflieger zumindest eingeschränkt werden und mehr Sicherheit erreicht wird, und weshalb ist der Parlamentarische Staatssekretär Wimmer auf meine entsprechende Frage in der Fragestunde am 31. Mai 1989 überhaupt nicht eingegangen?

33. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Will die Bundesregierung tatsächlich ausschließen, daß im Bereich der Stadt Boppard, deren einzelne Ortsbezirke sowohl am Rhein als auch auf den etwa 150 Meter höheren Hunsrückhöhen gelegen sind, die Mindestflughöhe von 150 Metern etwa unmittelbar vor und nach Talüberquerungen von Rhein und Mosel bzw. entsprechender Seitentäler unterschritten wird, und kann gegebenenfalls davon ausgegangen werden, daß militärische Tiefflieger die jeweilige Topographie unmittelbar in ihren Flügen nachvollziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

34. Abgeordneter **Scherrer** (SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Ausbau der B 256 zwischen Obernau und Schürdt in die Bedarfsplanung aufzunehmen?

35. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Welche verkehrspolitischen Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem von der Republik Österreich angekündigten Lastkraftwagen-Nachtfahrverbot für den Bereich des alpenquerenden Güterverkehrs auf der Straße ziehen?

36. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Welche verkehrspolitischen Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem von der Republik Österreich angekündigten Lastkraftwagen-Nachtfahrverbot für den Bereich des alpenquerenden Güterverkehrs auf der Schiene ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

37. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Welche Vereinbarungen und Maßnahmen sind seit Inkrafttreten des deutsch-deutschen Umweltabkommens im Rahmen dieses Abkommens getroffen worden?

38. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchen Wirtschaftsbereichen sich von der Bundesrepublik Deutschland unterstützte Umweltprojekte auch für die DDR-Wirtschaft nicht nur ökologisch lohnen, sondern auch ökonomisch rechnen?

39. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

In welcher Weise will die Bundesregierung bei einer Wiederaufarbeitung atomarer Brennelemente im Ausland sicherstellen, daß die dortigen Sicherheitsbestimmungen dem deutschen Niveau entsprechen und nicht etwa zugunsten der Wirtschaftlichkeit die Sicherheit leidet?

40. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Ergeben sich aus den deutsch-französischen Arbeitsgesprächen zu einem Wiederaufarbeitungsvertrag mit La Hague Anzeichen, daß langfristig Gorleben auch als Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle aus französischen Atomanlagen ins Auge gefaßt wird?

41. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Rahmen des Aktionsprogramms „Rettet den Wald" nach dem Kabinettsbeschluß vom 24. Juli 1985 getroffen, und wie weit ist die beabsichtigte Fortschreibung gediehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

42. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Welche Position nimmt die Bundesregierung hinsichtlich der Weiterverhandlung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung mit der Volksrepublik China ein?

43. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Welche Überlegungen haben für die Weiterverhandlung einiger Fragen durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Probst in dieser Woche in München eine Rolle gespielt?

44. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Wie lauten die jährlichen Haushaltsansätze bis 1993 für die Förderschwerpunkte des Förderbereichs Innovation und verbesserte Rahmenbedingungen, aufgegliedert für das Bundesministerium für Forschung und Technologie und für das Bundesministerium für Wirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

45. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Notwendigkeit erkannt, künftig die Parlamente in die Arbeit der Kulturstiftung der Länder einzubeziehen?

46. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Kulturstiftung der Länder den Bund seiner gesamtstaatlichen Kulturverantwortung enthebt?

47. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Hält die Bundesregierung es mit demokratischen Entscheidungsstrukturen für vereinbar, einem Stiftungsrat die alleinige Entscheidungskompetenz zu überlassen, der ausschließlich mit Regierungsvertretern der Länder und des Bundes besetzt ist?

48. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen ein, künftig zu den Entscheidungen des Stiftungsrats kulturellen Sachverstand außerhalb der Behörden heranzuziehen?

49. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Hält die Bundesregierung es nach ihren bisherigen Erfahrungen für gewährleistet, daß auch weiterhin einzelne Bundesländer, Gemeinden, freie Träger und die Bundesregierung überregional bedeutsame Kunst- und Kulturprojekte im Inland durchführen können, auch wenn dies eine Konkurrenz zu den Aktivitäten der Stiftung bedeuten würde?

50. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Kriterien bekannt, nach denen die Mitglieder des beratenden Kuratoriums der Kulturstiftung benannt wurden, und stimmt es, daß hier nach politischem und regionalem Proporz entschieden wurde?

51. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Nach welchen Kriterien richtet sich die Ankaufspolitik der Kulturstiftung der Länder, und wie kann nach Auffassung der Bundesregierung verhindert werden, daß Entscheidungen nach regionalem und politischem Proporzdenken getroffen werden?

52. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die im Stiftungsrat notwendige Einstimmigkeit für Entscheidungen bewährt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

53. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Welche strafrechtlichen Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für den verantwortlichen US-amerikanischen Rottenführer Mark Gibson aus dem nunmehr bekanntgewordenen Bericht einer US-amerikanischen Sachverständigengruppe über die Ursache der Flugkatastrophe in Remscheid in Anbetracht des festgestellten leichtfertigen Verhaltens des amerikanischen Offiziers?

54. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Bestrafung des Täters zu erreichen und den Angehörigen der getöteten sechs Remscheider Opfer die Rechtsstellung von Nebenklägern zu verschaffen?

55. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung in Anbetracht des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 § 218 Abs. 3 StGB, wonach eine schwangere Frau, auch wenn die Voraussetzungen des § 218a StGB nicht erfüllt sind, nach erfolgter Beratung straflos eine Abtreibung bis zur 22. Woche vornehmen lassen kann, für verfassungskonform?

56. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)

Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung die von verschiedenen Bundesministerien vertretene Ansicht, daß entgegen jahrzehntelanger eindeutiger Gesetzessprache die durch einen Mediziner vorgenommene Tötung eines Menschen vor der Geburt nicht lediglich gemäß § 218a StGB „nicht nach § 218 strafbar“, sondern überdies gerechtfertigt sein soll, vereinbar mit dem vorkonstitutionellen, unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrecht auf Leben und mit dem allgemein anerkannten ausnahmslosen Verbot der vorsätzlichen Tötung eines nicht angreifenden unschuldigen Menschen?

57. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie unter Verstoß gegen § 203 Abs. 2 Nr. 1 StGB, der eine Weitergabe von Privatgeheimnissen durch Amtsträger verbietet, Gesprächsmitschriften des Gefangenen der RAF, Helmut Pohl, von Vollzugsbeamten an die Öffentlichkeit gelangt sind?

58. Abgeordnete **Frau Dr. Vollmer** (DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen bzw. hat sie schon ergriffen, um dem Eindruck entgegenzutreten, das politische Interesse, das friedliche Ende des Hungerstreiks auf ihre unnachgiebige Haltung zurückzuführen, stünde im Zusammenhang mit illegalen Handlungen?

59. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird der Bundesminister der Justiz nach dem „Aus" für Wackersdorf ein Straffreiheitsgesetz zugunsten derer erwägen, die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Wackersdorf – sei es auf seiten der Demonstranten, sei es auf seiten der Polizei oder sonstiger Beteiligter – straffällig geworden sind, und wird der Bundesministers der Justiz den Justizministern der Länder empfehlen, auf die Einstellung noch laufender Ermittlungs- und Strafverfahren hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

60. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die US-Garnison auf dem Gelände der Breitenau in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen einen Panzerübungsplatz eingerichtet hat mit der Folge, daß wegen der zum Teil nur 70 m entfernten Wohnhäuser Hunderte von Menschen wegen der von den Panzern ausgehenden Immissionen in unerträglichem Maße belästigt werden?

61. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen nicht hinnehmbaren Zustand, Truppenübungsplätze auf städtischem Grund in unmittelbarer Nähe von Wohnanlagen – wie in Frage 60 geschildert –, zu beseitigen?

62. Abgeordneter **Dr. Hitschler** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Flugtagkatastrophe in Ramstein im August 1988 bei vielen Anwesenden, die das Unglück unmittelbar miterleben mußten, auch schwere psychische Folgeschäden hervorgerufen hat?

63. Abgeordneter **Dr. Hitschler** (FDP)

Werden diese Folgeschäden in irgendeiner Weise erfaßt, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um den Betroffenen zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

64. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Treffen Zeitungsberichte zu, wonach sich Mitglieder der Bundesregierung dafür einsetzen, die fällig gewordenen Rückzahlungen aus dem Strukturhilfeprogramm der deutschen Stahlindustrie für ein Montan-Sonderprogramm bereitzustellen?

65. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Rückzahlung der Strukturhilfe der deutschen Stahlindustrie zu verzichten und gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen ein Sonderprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erstellen?

66. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Ressorts werden an der Arbeitsgruppe beteiligt sein, die unter Federführung des Bundesministers für Wirtschaft Alternativen für die mittlere Oberpfalz nach dem Verzicht der Bundesregierung auf die WAA erarbeiten soll, und bis wann ist mit konkreten Entscheidungen zu rechnen?

67. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Kann die Bundesregierung den Bericht des Fernsehmagazins Monitor vom 6. Juni 1989 bestätigen, nach dem die Firma Philips Deutschland seit 1984 Ausfuhrgenehmigungen für Infrarot-Nachtsichtgeräte erhalten hat, die in den Iran und den Irak geliefert wurden?

68. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

69. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß durch Verzögerung von Zulassungen moderner, umweltschonender Pflanzenschutzmittel sowohl Fortschritt im Umweltschutz behindert wird wie auch Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft entstehen?

70. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach der EuGH-Rechtsprechung Lebensmittel, die in anderen Ländern der EG zugelassen worden sind, auch in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben werden können, und warum gilt dies nach Meinung der Bundesregierung nicht für Pflanzenschutzmittel?

71. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der mittelständischen Sägewerksbetriebe in Hessen im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Großsägekraftwerkes einer österreichischen Firma in Lauterbach/Hessen, und kann sie es angesichts des zu erwartenden Konkurrenzdruckes sowohl im Einkauf als auch im Verkauf verantworten, diese Neuanlage durch verlorene Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu fördern?

Bonn, den 9. Juni 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333